

Bericht zur Demonstration am 15.04.2026 in Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 15. April 2026 fanden bundesweit in insgesamt elf deutschen Städten Demonstrationen gegen die geplanten Kürzungen in der psychotherapeutischen Versorgung statt. Aktionen gab es u.a. in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München, Hannover, Stuttgart, Wiesbaden, Trier, Kiel, Bremen und Würzburg. Weitere Demos sind geplant.

Zur größten Demo in Berlin, zu der ein breites Bündnis psychotherapeutischer Berufs- und Fachverbände aufgerufen hatte, versammelten sich rund 4.000 Teilnehmende. Im Zentrum der Kundgebung standen klare gesundheitspolitische Botschaften: Psychotherapeutische Versorgung wurde als zentraler Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung betont. Besonders hervorzuheben sind berufspolitische Beiträge aus dem analytischen Feld sowie aus der Psychotherapeutenkammer, Wissenschaft und der Politik. Mehrfach wurde darauf verwiesen, u.a. von Ricarda Lang (Bündnis 90/Die Grünen), dass Investitionen in Psychotherapie für Kinder, Jugendliche und Erwachsene nicht nur individuell wirksam sind, sondern auch gesamtgesellschaftlich ökonomisch sinnvoll bleiben, da sie Folgekosten in anderen Versorgungsbereichen reduzieren. In den Reden wurde auch betont, dass psychotherapeutische Leistungen im Vergleich zu anderen Bereichen der GKV-Versorgung weiterhin einen vergleichsweise geringen Kostenanteil ausmachen.

Ein zentrales Anliegen der Demonstrierenden war die Aufforderung an das BMG, den Beschluss des Bewertungsausschusses zu überprüfen sowie weitere Maßnahmen zu unterlassen, die die psychotherapeutische Versorgung strukturell schwächen könnten. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass Bundesgesundheitsministerin Nina Warken angekündigt hatte, einen Großteil der Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit umsetzen zu wollen. Vor diesem Hintergrund wurde mehrfach betont, dass die aktuellen berufspolitischen Auseinandersetzungen einen langen Atem erfordern. Psychotherapeut*innen, so wurde u. a. von Ronald Schelte (DGPT) formuliert, seien hierfür in besonderer Weise gerüstet – eine Perspektive, die die Notwendigkeit von Ausdauer und kontinuierlichem Engagement unterstrich, was angesichts der sich abbildenden Entwicklungen eine realistische Einschätzung gibt. Im Rahmen der Abschlusskundgebung wurde dem GKV-Spitzenverband ein Faktenblatt zur Vergütungssituation überreicht.

Neben den inhaltlichen Forderungen war die Demonstration auch durch eine spürbare kollektive Dynamik geprägt. Viele Kolleg*innen berichteten von einem starken Gemeinschaftsgefühl. Zahlreiche Aus- und Weiterbildungsteilnehmende waren sichtbar beteiligt und engagiert – ein Hinweis darauf, dass die aktuellen Entwicklungen auch als Frage der zukünftigen Versorgung und beruflichen Perspektiven wahrgenommen werden. Für viele Teilnehmende bot die Demonstration zudem die Gelegenheit zu persönlichem Wiedersehen und fachlichem Austausch im öffentlichen Raum – eine Erfahrung, die als verbindend erlebt wurde, auch vor dem Hintergrund eines als problematisch eingeschätzten politischen Anlasses.

Wir danken allen Kolleg*innen und Unterstützer*innen, die im Vorfeld, während der Demonstration sowie in der Nachbereitung mit ihrem Engagement zum Gelingen dieses Aktionstages beigetragen haben.

Mit kollegialen Grüßen

Der Bundesvorstand der DGIP